

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/10069 –

**Versprechen der Bundesministerin für Bildung und Forschung einhalten –
Zukunft der DDR-Forschung sicherstellen**

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass die im Jahr 2018 aufgesetzte „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ im Jahr 2025 auslaufen wird. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bräuchten frühestmöglich Planungssicherheit, für den Übergangszeitraum drohe jedoch eine Förderungslücke. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR, die ein Unrechtsstaat gewesen sei, stehe auch 34 Jahre nach deren Ende noch am Anfang. In der Gesellschaft herrschten diesbezüglich weiterhin viele Fragen und Unsicherheiten.

B. Lösung

Die Projektförderung des Bundes im Bereich der DDR-Forschung sei nahtlos fortzuführen. Die unter frühzeitiger Beteiligung aller relevanten Akteure zu erarbeitenden neuen Förderlinien sollten deshalb bis Mitte des Jahres 2025 veröffentlicht werden. Der Deutsche Bundestag solle detailliert über den Zeitplan dieses Arbeitsprozesses unterrichtet und der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung regelmäßig über den Fortgang informiert werden. Außerdem sei die gesamtgesellschaftliche und wissenschaftliche Bedeutung der DDR-Forschung stärker hervorzuheben.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppen Die Linke und BSW.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10069 abzulehnen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Maja Wallstein
Berichterstatterin

Lars Rohwer
Berichterstatter

Marlene Schönberger
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Volker Münz
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Maja Wallstein, Lars Rohwer, Marlene Schönberger, Dr. Stephan Seiter, Volker Münz, Dr. Petra Sitte und Ali Al-Dailami

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/10069** in seiner 169. Sitzung am 16. Mai 2024 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die CDU/CSU-Fraktion stellt fest, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte noch immer eine hohe Wichtigkeit habe. Wissenschaft und Forschung komme in unserer Gesellschaft grundsätzlich eine große Bedeutung zu. In Bezug auf die DDR, die ein Unrechtsstaat gewesen sei, beständen auch 34 Jahre nach deren Ende noch viele Zweifel und offene Fragen in der Bevölkerung, die wissenschaftlich beantwortet werden müssten.

Nach dem Auslaufen der aktuellen Richtlinie zur DDR-Forschung im kommenden Jahr sei deshalb ein nahtloser Übergang zu der neuen Förderrichtlinie zu gewährleisten, die Bundesministerin für Bildung und Forschung müsse insofern ihre Versprechen einhalten.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bräuchten eine möglichst hohe Planungssicherheit und deshalb frühzeitig Informationen über die genaue Ausgestaltung der neuen Förderrichtlinien. Anderenfalls drohe eine Abwanderung in andere Forschungsfelder.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung dazu auffordern, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. die Voraussetzungen für die von der Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger versprochenen Förderlinien zur DDR-Forschung zu schaffen und die Förderung so aufzusetzen, dass nach Auslaufen der aktuellen Förderrichtlinie „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ keine Förderlücke entsteht;
2. alle relevanten Akteure im Bereich der DDR-Forschung frühzeitig in die Erarbeitung der versprochenen Förderlinien einzubinden;
3. den Deutschen Bundestag detailliert über den Zeitplan des Arbeitsprozesses zu unterrichten und im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages regelmäßig über den fortlaufenden Stand der Arbeiten zu berichten;
4. die Wissenschaftskommunikation im Bereich der DDR-Forschung zu stärken und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von DDR-Forschung herauszustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10069 in seiner 90. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke und Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10069 in seiner 63. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10069 in seiner 83. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppen Die Linke und BSW die Ablehnung des Antrags.

Die **CDU/CSU-Fraktion** merkt zu Anfang an, dass die Themen DDR-Aufarbeitung und Kommunismusforschung nicht an Bedeutung verlieren dürften und führt verschiedene Gedenkstätten als wichtige Orte der Erinnerung an. Die Forschung müsse neben der Stasi verstärkt die SED sowie deren Zusammenwirken mit der damaligen Nationalen Front und der FDJ in den Blick nehmen. In Universitätsarchiven würden zahlreiche Akten unbearbeitet auf eine wissenschaftliche Aufarbeitung warten, wofür es multiprofessionale Teams von Historikern, Soziologen und Zeitzeugen brauche.

Die CDU/CSU-Fraktion richtet die Frage an den Parlamentarischen Staatssekretär (PStS) Dr. Jens Brandenburg bezüglich der Ausgestaltung der Förderrichtlinie und des Forschungsdesigns sowie hinsichtlich deren Veröffentlichung und des entsprechenden Zeitplans. Sie bittet um Auskunft darüber, wann und wie oft die Einbindung der relevanten Akteure stattgefunden habe und welche Vorschläge und Themen unaufgefordert an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geschickt worden seien. Ferner möchte sie wissen, welche Mittel für die Projektförderung im Bereich der DDR-Forschung für Neubewilligungen im Bundeshaushalt 2025 zur Verfügung ständen.

Die **SPD-Fraktion** betont ebenfalls die Wichtigkeit der DDR-Forschung und hebt das Erfordernis ihrer strukturellen Verankerung in der deutschen Hochschul-Forschungslandschaft hervor. Sie weist darauf hin, dass aus Sicht der Forscherinnen und Forscher mangels Fördergelder große Forschungslücken beständen.

In der DDR-Forschung bedürfe es nach Einschätzung der SPD-Fraktion bezüglich der Förderung einer höheren Verlässlichkeit sowie langfristiger Perspektiven.

Die **AfD-Fraktion** stimmt der Wichtigkeit des Themas zu, kritisiert jedoch den Antrag der CDU/CSU-Fraktion als unklar formuliert. Sie fordert die konkrete Benennung von Förderbeträgen aus dem Bundeshaushalt und nimmt Bezug auf ihren eigenen Antrag zu Forschungsverbänden zur DDR-Geschichte. Die Auswirkungen der DDR-Geschichte reichten bis in die Gegenwart hinein, es handele sich nicht um ein abgeschlossenes Kapitel.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt die Bedeutung der DDR-Forschung als Grundlage für eine angemessene Gedenkkultur und Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht sowie für die Entschädigung der Betroffenen, die dringend erforderlich sei, hervor. Die Inhalte des Antrags der CDU/CSU-Fraktion seien allesamt unterstützenswert, jedoch zugleich selbstverständlich. Das BMBF habe eine dem Antrag im Wesentlichen entsprechende Umsetzung zudem bereits angekündigt. Allerdings sei es wichtig, die Forschung zur DDR zu diversifizieren und neue Aspekte, wie beispielsweise Rassismus und Antisemitismus in der DDR oder den Umgang mit Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern, näher zu untersuchen.

Die **Gruppe Die Linke** führt aus, dass sie grundsätzlich eine gesellschaftliche Aufarbeitung und wissenschaftliche Untersuchung stalinistischer Diktaturen, insbesondere angesichts aktueller politischer Entwicklungen, für sehr wichtig halte. Das BMBF sei hier in der Pflicht, für Planungssicherheit zu sorgen und etwa Forschungsverbände nicht zu reduzieren.

Der Antrag der CDU/-CSU-Fraktion nehme nach Ansicht der Gruppe Die Linke jedoch eine problematische Geschichtsdeutung vor und sei zudem insofern inkonsequent, als er nicht mehr von einem Förderziel in Höhe von 50 Millionen Euro spreche, wie noch im Vorjahr, sondern von einer Förderung im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

Die **FDP-Fraktion** bekräftigt ebenfalls die Bedeutung der DDR-Forschung und unterstreicht das gemeinsame Interesse aller Fraktionen und Gruppen an einer umfassenden wissenschaftlichen Aufklärung dieses geschichtlichen Kapitels.

Sie fordert jedoch, dass bei einmal geförderten Projekten kein Weiterförderungsautomatismus eintreten dürfe. Vielmehr müsse sich eine Förderungsentscheidung immer an wissenschaftlichen Kriterien orientieren. Dies gelte

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

sowohl allgemein als auch beim Thema der DDR-Forschung, das hochaktuell, politisch relevant und emotional sei.

Die **Gruppe BSW** stellt klar, dass sie eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR im Lichte gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen für unerlässlich halte. Allerdings verfolge der Antrag der CDU/CSU-Fraktion einen ideologisch gefärbten Ansatz. Die Geschichte der DDR sei komplex und widersprüchlich. Durch die unzutreffende Reduzierung der DDR auf einen reinen Unrechtsstaat würden viele ehemalige DDR-Bürger sich in ihrer Biografie abgewertet fühlen.

Die **Bundesregierung** nimmt Bezug auf die Fragen aus der CDU/CSU-Fraktion und führt einleitend aus, dass die Einbindung verschiedener Akteure im Rahmen eines Fachgesprächs zur neuen Förderrichtlinie im Mai dieses Jahres stattgefunden habe. Neue Vorschläge oder Papiere seien ihr in diesem Zusammenhang nicht bekannt, die Erkenntnisse und Anregungen aus dem Fachgespräch seien jedoch hilfreich und konstruktiv gewesen und hätten in der Folge Berücksichtigung gefunden.

Die genaue Ausgestaltung der Förderrichtlinie sei noch in der Erarbeitung. Ein Schwerpunkt werde auf die strukturelle Verankerung der DDR-Forschung an den Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen gelegt, wobei hier langfristig die Länder aufgrund ihrer Zuständigkeit gefragt seien.

Sie betont, dass es nicht nur um eine Weiterförderung bereits bestehender Projekte gehe, sondern die Förderentscheidung für Forschungsvorhaben sich stets nach wissenschaftlichen Kriterien unter Wettbewerbsgesichtspunkten richte und explizit auch neue Themenfelder auf dem Bereich der DDR-Forschung begrüßt würden.

Abschließend führt die Bundesregierung aus, dass für die Neubewilligung von Förderanträgen Haushaltsmittel in Höhe von 12 Millionen Euro zur Verfügung ständen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Maja Wallstein
Berichterstatterin

Lars Rohwer
Berichterstatter

Marlene Schönberger
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Volker Münz
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.